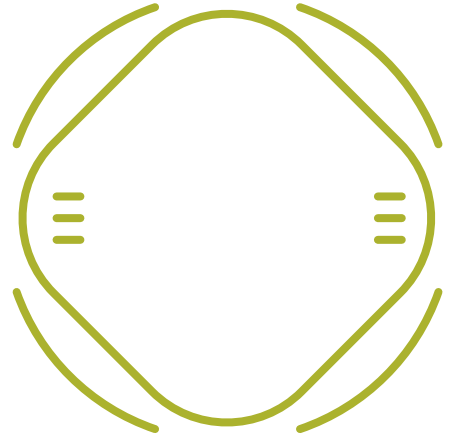




Bausteine für Klimagerechtigkeit

Grundeinkommen Soziale Garantien

Transformativ.

Solidarisch.

Machbar.

Für Grundeinkommen und andere soziale Garantien für alle

Eine sozialökologische Transformation wird mit vielen Veränderungen und Brüchen einhergehen. Grundeinkommen und andere soziale Garantien, wie eine ausreichende Gesundheitsversorgung und Zugänge zu öffentlichen und sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen für alle, nehmen die Angst vor diesen Veränderungen. Außerdem befördern sie deren demokratische Gestaltung.

Dieses Dossier ist ein
Gastbeitrag von
Ronald Blaschke und
Werner Rätz.

Herausgegeben vom:



konzeptwerk
neue ökonomie

Nachdem wir als Konzeptwerk das Dossier zu "Arbeitszeitverkürzung" veröffentlicht hatten, haben Ronald Blaschke und Werner Rätz uns kontaktiert und ein brennendes Plädoyer für Soziale Garantien und das bedingungslose Grundeinkommen gehalten. Innerhalb des Konzeptwerks gibt es verschiedene Positionen zum BGE, doch finden wir es wichtig, dass diese Debatte geführt wird und geben deshalb ihr Positionspapier als Gastbeitrag in unserer Bausteine-Reihe heraus.

Inhalt

Das steckt dahinter - die Maßnahmen auf einen Blick	1
Die Maßnahmen konkret	2
Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit	3
Argumente, Daten, Fakten	4
Beitrag zur sozialökologischen Transformation	6
Wo gibt es das schon? Praxisbeispiele und Labore für Ansätze zum Grundeinkommen	10
Bündnispartner*innen	12
Mythen & Missverständnisse	15
Wer ist dagegen? Wer lobbyiert aktiv dagegen?	17
Wie schaffen wir, dass das Grundeinkommen und andere soziale Garantien Realität werden?	18
Zum Weiterlesen	19
Über das Projekt, Danksagung	20
Impressum	22



Grundeinkommen und andere soziale Garantien

Grundeinkommen und andere soziale Garantien befördern soziale Gleichheit, bringen soziale Sicherheit für alle durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozialökologischen Transformation einhergehen müssen. Außerdem ermöglichen das Grundeinkommen und andere soziale Garantien, dass alle, jede und jeder Einzelne, an der demokratischen Gestaltung dieser Transformation beteiligt sein können. Soziale und Beteiligungsgerechtigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein Gelingen der sozialökologischen Transformation – im jedem einzelnen Land und weltweit.

Das steckt dahinter – die Maßnahmen auf einen Blick

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen
- für alle Menschen,
- das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,
- auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht,
- das ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen
garantiert wird.

Das Grundeinkommen ist Bestandteil eines Bündels von sozialen Garantien, die allen Menschen bedingungslos und individuell gegeben sind – einfach weil man ein Mensch ist. Zu diesen sozialen Garantien gehören der Zugang zur öffentlichen Infrastruktur und zu öffentlichen Dienstleistungen (Kultur, Bildung, Mobilität, Internet usw.), was auch den Zugang zur öffentlichen Gesundheitsvorsorge und -versorgung einschließt.

Jeder Mensch hat – wie auf das Grundeinkommen – einen individuellen und bedingungslosen Anspruch auf den Zugang zu dieser öffentlichen Infrastruktur und den öffentlichen Dienstleistungen; überall, wo er lebt, und jederzeit.

Das Grundeinkommen und andere soziale Garantien sind fester Bestandteil einer revolutionären Reformpolitik, weil sie sowohl drängende Probleme im Hier und Jetzt lösen können (Armut, soziale Ungleichheit, die Umwelt zerstörendes Arbeiten und Leben) als auch die Überwindung des kapitalistisch-dominierten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems befördern – durch eine Stärkung von Demokratie in allen Bereichen und individueller Vergesellschaftung jenseits des Zwangs zur Lohnarbeit.

Die Maßnahmen konkret

Das Grundeinkommen und die anderen sozialen Garantien werden durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ermöglicht. Es ist genug für alle da – in den einzelnen Ländern und weltweit. Die gerechte Verteilung geschieht in den einzelnen Ländern durch eine Rück- beziehungsweise Umverteilung von den obersten und oberen Einkommens- und Vermögensschichten zu den mittleren und unteren Schichten. Das kann durch verschiedene Steuern, Abgaben oder Beiträge erfolgen.¹ Um Bedingungslosigkeit und Universalität zu sichern, sind die Nutzung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur und die Inanspruchnahme der Dienstleistungen sowie der Gesundheitsvorsorge und -versorgung gebührenfrei zu gestalten.

Das bedingungslose Grundeinkommen muss auch eine globale Dimension enthalten. Das ohnehin schon menschenverachtende weltweite Migrationsregime könnte noch schlimmer werden, wenn es zwischen den Ländern keine Rück- beziehungsweise Umverteilung hin zu den arm gemachten Ländern gäbe. Das wird von Bewegungen überall auf der Welt seit langem auch völlig unabhängig vom Grundeinkommen gefordert und kann durch ganz verschiedene

Mechanismen gewährleistet werden. Instrumente wie Schuldenerlasse, Reparationszahlungen, direkte Transferleistungen an oder bevorzugte Handelsbedingungen für die arm gemachten Länder sind auch in der offiziellen Politik immer wieder zum Einsatz gekommen. Da sie nie ausreichen, bleiben Schulden der früh industrialisierten Ländern gegenüber den ehemaligen Kolonien bestehen (siehe Dossier Klimaschulden und Reparationen, <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit/>).

„Die politischen Auseinandersetzungen um eine gerechte Sozialpolitik unter dem Vorzeichen knapper werdender Ressourcen können nur im Blick auf die globale Situation geführt werden. Soziale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den arm gemachten Ländern des Südens anerkennen.“
 (Attac-Vorbereitungsgruppe 2011)

Das Grundeinkommen und die anderen sozialen Garantien sind demokratisch zu entwickeln. Nur so kann sich die Ausgestaltung der sozialen Garantien an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Volksabstimmungen, Bürger*innenräte, direkte Beteiligungen einer und eines jeden Einzelnen – das sind Garantien dafür, dass Grundeinkommen gemäß den Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung ausgestaltet werden und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerecht erfolgt.

¹ Siehe die Modell-/Finanzierungsübersichten beim Netzwerk Grundeinkommen unter <https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/modelle>

Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit

Weltweit existiert genügend Reichtum, damit grundsätzlich alle Menschen ein gutes Leben haben könnten; tatsächlich aber leben einige so sehr im Überfluss, dass sie nicht wissen, wohin damit, und andere verfügen nicht einmal über das Lebensnotwendige. Diese Ungerechtigkeit ist aber nicht nur eine individuelle, sondern auch der Ort der Geburt entscheidet mit darüber, ob jemandes materielle Absicherung zumindest eher akzeptabel oder völlig unzureichend sein wird. In den früh industrialisierten Ländern geht es den Menschen im Durchschnitt viel besser als in ehemaligen Kolonien. Und sowohl zwischen wie innerhalb der Länder verfügen diejenigen eher über Macht und Durchsetzungsfähigkeit, die die Produktionsmittel besitzen, als diejenigen, die sie in ihrer täglichen Arbeit anwenden.

Zwar ist das Klima ein Phänomen, das am selben Ort oder in derselben Region für alle Menschen gleich zu sein scheint, aber die Menschen haben unterschiedlich zu den schädlichen Folgen des Klimawandels beigetragen und diese treffen sie auch unterschiedlich. Einige leben dort, wo durchschnittlich mehr Reichtum herrscht als im Rest der Welt, wo die Lebensbedingungen für die meisten Menschen besser sind als anderswo oder es leichter ist, sich Zugang zu Produktionsmitteln zu verschaffen oder zumindest angestellt zu werden, um mit ihnen arbeiten und ein Einkommen erzielen zu können. Sie leiden weniger unter Klimawandel und ökologischer Krise als diejenigen, die in armen Regionen leben.

Klimagerechtigkeit kann also nur gedacht und erreicht werden in einem Prozess tiefgreifender Veränderung der gesamten heute existierenden Produktions-, Lebens- und Verteilungsverhältnisse.

Dieses Vorhaben ist kompliziert und muss nicht nur gegen mächtige Interessen durchgesetzt werden. Wie eben beschrieben, haben auch einzelne Individuen überall auf der Welt, in den früh industrialisierten Ländern öfter und regelmäßiger, in den arm gemachten seltener und zufälliger, Vorteile durch die globalen Ungerechtigkeiten. Deshalb befürworten manche von ihnen zwar grundsätzlich die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Klimawandel, lehnen sie dann im Einzelnen aber ab, weil sie befürchten, dass sie selbst Nachteile dabei erleben müssten.

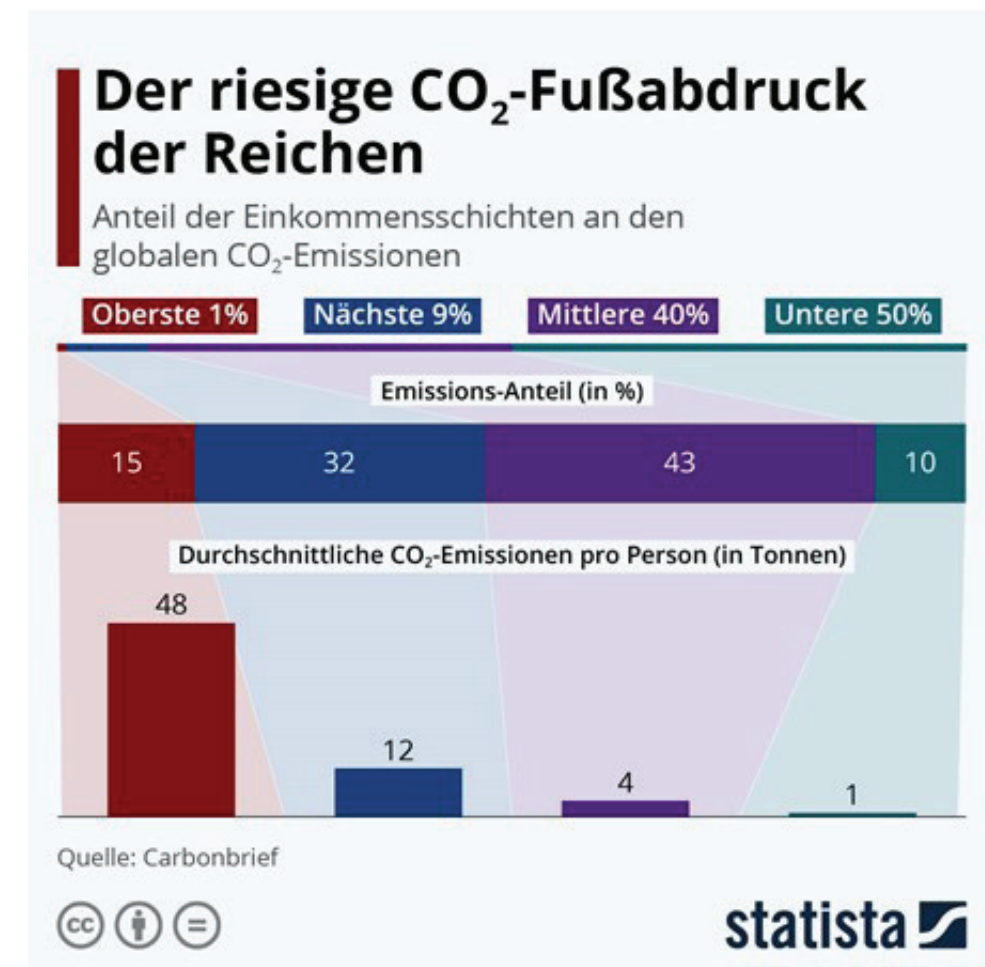
Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde unmittelbar mit seiner Einführung zwei Dinge grundlegend verändern. Zum Ersten würden ökonomische Unterschiede so weit reduziert, dass niemand mehr um die eigene physische Existenz fürchten müsste. Wenn Schritte zu einem Grundeinkommen weltweit angegangen würden, könnte rasch eine Menge an materieller Ungleichheit beseitigt werden. Zum Zweiten würde ein Grundeinkommen allen Menschen ein anderes Selbstwertgefühl ermöglichen. Niemand müsste mehr den Eindruck haben, der Gesellschaft und den Mitmenschen so wenig wert zu sein, dass ihnen sein Leben oder Tod gleichgültig ist.

„Wer fordert, dass die Menschen ihren ökologischen Gürtel enger schnallen, der muss auch für einen gleichen Leibesumfang sorgen.“
(Chris Methmann in Exner/Rätz/Zenker 2007)

Dabei ist zu bedenken, dass die Grundeinkommensforderung nicht nur auf die materielle Existenz zielt, sondern auch die gesicherte gesellschaftliche Teilhabe umfasst. Da aber in vielen Ländern der Welt Menschen leben, die täglich um ihr nacktes Überleben fürchten müssen, wäre deren Existenzsicherung schon einmal ein wesentlicher Fortschritt.

Argumente, Daten, Fakten

Nach einer Oxfam-Studie vom November 2022¹ verursachen allein die Investitionen eines der reichsten 125 Milliardäre der Welt mehr CO₂-Emissionen als eine Million Menschen aus den ärmeren 90 Prozent der Menschheit zusammen. Der jährliche CO₂-Ausstoß eines Menschen aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung beträgt 1,6 Tonnen, der eines aus den reichsten 10 Prozent liegt bei 31,2 Tonnen, beim reichsten Prozent sind es schon 110 Tonnen und bei den oberen 0,1 Prozent 467 Tonnen. Die reichsten 0,01 Prozent der Menschheit verursachen jährliche CO₂-Emissionen von unvorstellbaren 2531 Tonnen pro Person. Auch das Statistische Bundesamt bestätigt den Befund, wenn auch die konkreten Zahlen abweichen.



Quelle: statista, <https://de.statista.com/infografik/26885/anteil-der-einkommensschichten-an-den-globalen-co2-emissionen/>

Auch der Unterschied zwischen den Ländern ist enorm. Würde die gesamte Weltbevölkerung so leben wie die Menschen in den USA, würde man 4,9 Erden benötigen, um diesen Lebensstil nachhaltig zu ermöglichen, wäre Indien das Vorbild, dann wären es nur 0,7 Erden.

¹ Maitland, Alex et al. (2022): Carbon Billionaires: The investment emissions of the world's richest people, Oxfam Briefing Note, <https://policy-practice.oxfam.org/resources/carbon-billionaires-the-investment-emissions-of-the-worlds-richest-people-621446/>



Quelle: statista, <https://de.statista.com/infografik/10574/benoetigte-erden-je-lebensstil-ausgewahlter-laender/>

„Soll die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit so organisiert werden, daß sie keine überflüssige Energie verbraucht und keine überflüssigen Schadstoffe freisetzt, [...] dann ist Zustimmung zu solcher Politik nur vorstellbar, wenn sie gleichzeitig soziale Gerechtigkeit in bisher unbekannten Dimensionen verwirklicht.“ (Carl Amery in Opielka 1985)

Viele Menschen kommen ihrer Erwerbsarbeit nur deshalb nach, weil sie ein Einkommen brauchen, nicht aber, weil sie das mögen, was sie konkret tun (müssen). Das betrifft oft nicht nur die individuell unangenehmsten, sondern auch die gesellschaftlich sinnlosesten Tätigkeiten, wie das Wegräumen des Mülls, der gar nicht erst gemacht werden müsste. Wäre das Einkommen mit einem Grundeinkommen gesichert, würden manche besonders belastenden Tätigkeiten entfallen. Auch die verbleibende Erwerbsarbeit verändert sich: Wer einen Arbeitsplatz hat, an dem er oder sie zeigen kann, was in ihr oder ihm steckt, wird die Tätigkeit mit mehr Freude, mehr Kraft und Kreativität tun. Im Ergebnis steigt nicht nur die Zufriedenheit der Beschäftigten, sondern auch die Produktivität ihrer Arbeit.

Beitrag zur sozialökologischen Transformation

Es gibt im Wesentlichen fünf Bereiche, in denen ein bedingungsloses Grundeinkommen und andere soziale Garantien die sozialökologische Transformation begünstigen.

→ 1. Das Grundeinkommen ermöglicht eine demokratische Debatte ohne Existenzangst

Soll der Übergang zu einer ökologisch verträglichen Ökonomie gelingen, so wird sich in unserer Wirtschaftsweise vieles ändern müssen. Die früh industrialisierten Länder müssen ihren Energie- und Materialverbrauch schnell und drastisch senken, auch um Wachstumsmöglichkeiten für die arm gemachten Länder offen zu halten. Das bedeutet, dass von vielem weniger verbraucht und produziert werden muss, manche Industrien vielleicht weitgehend abgebaut und manche Produktionszweige stark regionalisiert werden.

Im Zuge solcher Veränderungen werden sich viele Arbeitsplätze verändern, andere werden komplett verschwinden. Bisher ist ein Arbeitsplatz aber für die meisten Menschen die einzige Möglichkeit, das Einkommen erzielen zu können, das sie zum Leben brauchen. Wenn ihnen nicht gesagt werden kann, wovon sie in und nach der sozialökologischen Transformation leben sollen, dann werden sie ihre Arbeitsplätze verteidigen, selbst wenn ihnen deren ökologische Schädlichkeit bewusst ist.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird den meisten als dauerhafte Lebensgrundlage nicht ausreichen, aber es sichert zunächst einmal die Existenz und ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe. Das ist Voraussetzung dafür, dass sich Menschen auf die notwendige Debatte darüber einlassen können, welche Güter und Dienstleistungen für ein gutes Leben aller erforderlich sind. Denn wenn eine ökologisch verantwortbare Ökonomie gelingen soll, dann müssen die Menschen erleben, dass sie diese selbst mitgestalten können. Dann muss in der Gesellschaft eine demokratische Diskussion und Entscheidung darüber erfolgen, was wir zukünftig produzieren wollen und wie wir das tun sollen.

→ 2. Das Grundeinkommen macht Geld weniger schädlich

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist neben anderem ein Projekt zur Umverteilung von Geld. Wenn arme Menschen durch das Grundeinkommen mehr Geld haben als vorher, werden sie es zum größten Teil ziemlich rasch wieder ausgeben, um sich Konsumwünsche zu erfüllen, die sie sich bisher nicht leisten konnten. Das könnte auch ökologisch nachhaltigeres Essen, klimafreundlichere Wohnungen oder dauerhaftere Kleidung betreffen, muss aber nicht. So oder so werden sie mehr konsumieren als vorher.

Wenn das Grundeinkommen Geld von oben nach unten umverteilt, dann haben Wohlhabende weniger Geld als vorher. Mit ihrem Konsum haben sie schon bisher erheblich höhere ökologische Belastungen verursacht, als es der Konsum der Armen getan hat und tut. Aber vor allem ihre Investitionen waren und sind ein ökologisches Desaster. Je reicher Personen sind, desto mehr Geld können sie erübrigen und investieren es vorrangig in Finanzgeschäfte. Gerade auf den Finanzmärkten gilt aber das Prinzip „Höher, schneller, weiter“: höhere Gewinne, weitere Risiken, schnellere Umschläge des Geldes und Neuinvestitionen. Hier entstehen die Gewinnerwartungen und die Beschleunigung, die das Marktgeschehen immer hektischer und die Beachtung ökologischer und sozialer Grenzen immer schwieriger machen.

Auch wenn der durch ein Grundeinkommen ermöglichte zusätzliche Konsum der Armen zusätzlichen Energie- und Stoffverbrauch bedeutet, in der Bilanz ist er weniger schädlich als das Investitionsverhalten der Reichen.

→ 3. Kollektive Lösungen sind ökonomisch und ökologisch günstiger

In einer Marktgesellschaft müssen Menschen alles, was sie brauchen, kaufen. Damit das gelingt, müssen sie erstens genügend Geld haben und zweitens müssen auch genügend Güter und Dienstleistungen für alle zur Verfügung stehen.

Bei den materiellen Gütern mag das mit einer ausgeklügelten Bedarfsfeststellung und Vorratshaltung noch ohne allzu große Verluste möglich sein, auch wenn die Realität daran oft zweifeln lässt. Jedenfalls würde ein bedingungsloses Grundeinkommen diesbezüglich nicht sehr viel verändern.

Anders sieht es in vielen Dienstleistungsbereichen aus. Manche davon werden nur angeboten, um billigste Arbeitskräfte zu beschäftigen, und würden ganz wegfallen. Andere könnten schon jetzt, aber vor allem mit Einführung des Grundeinkommens als öffentliche Dienstleistungen gestaltet werden – mit systemischen Effekten: Das drastischste Beispiel ist wahrscheinlich die Mobilität. Wenn diese umfassend mit privaten Pkw sichergestellt werden soll, dann braucht jeder Haushalt ein Auto, nicht selten auch mehrere. Ein öffentliches Verkehrssystem, das alle Bewegungen möglich macht, vom Taxi zum Bahnhof bis zum Fernzug (aus ökologischen Gründen ohne Flugzeug), muss viel weniger Material vorhalten als das aktuelle. Auf diese Weise könnten auch weitere Bereiche organisiert werden, die wir bisher nicht als öffentliche Infrastruktur denken, von der Energieversorgung bis zum Wohnen.

„Neben einem allgemeinen Grundeinkommen und kostenloser Bildung sehen wir in einer allgemeinen Gesundheitsversorgung einen weiteren systemischen Schritt hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Diese betrachten wir als ein menschliches Grundrecht und als Basis einer funktionierenden Gesellschaft im 21. Jahrhundert.“ (Earth for all. Der neue Bericht an den Club of Rome 2022)



Neben dem gesamtgesellschaftlichen ökologischen und ökonomischen Nutzen solcher Strukturen kommt ein individueller Aspekt dazu: Je umfassender diese Art öffentlicher sozialer Infrastruktur vorhanden ist, desto geringer ist der Geldbetrag, den ein Mensch zum Leben braucht, weil vieles, das bislang bezahlt werden muss, dann frei verfügbar ist. Auch hier gilt: Damit die öffentliche soziale Infrastruktur tatsächlich die Bedürfnisse der Nutzer*innen erfüllt und die ökologische Nachhaltigkeit gesichert ist, muss in einem demokratischen Prozess um deren Ausrichtung und Ausgestaltung gerungen werden.

→ 4. Das Grundeinkommen relativiert die Bedeutung „positioneller Güter“

In einer Gesellschaft, die von sozialer Ungleichheit und Konkurrenz geprägt ist, haben viele Menschen das Gefühl, zeigen zu müssen, was sie sich leisten können und dass sie dazugehören. Die dümmsten Dinge können zu Statussymbolen werden, zu sogenannten positionellen Gütern, die den Platz eines Menschen in der Gesellschaft anzeigen sollen. Dabei kann es sich genau so gut um eine Luxusjacht, Edelturnschuhe oder Designerkleidung handeln wie um das neueste Smartphone, den geklauten Fummel aus dem Billigklamottenladen oder die Droge, die am meisten knallt.

Da das bedingungslose Grundeinkommen alle bekämen und alle Zugang zu öffentlicher Infrastruktur hätten, wäre insoweit Gleichheit hergestellt. Alle wären mit dem Lebens- und Teilhabenotwendigen versorgt und niemand müsste mehr beweisen, dass er oder sie dazugehört. Dabei handelt es sich allerdings um einen psychologischen Aspekt, wie viele dann auf welche Statussymbole verzichten würden, lässt sich im Voraus nicht bestimmen.

Konsum und lange Arbeitszeit

Forscher*innen haben festgestellt: Menschen mit langen Arbeitszeiten zeigen eher ein umweltschädliches Konsumverhalten, und zwar aus unterschiedlichen Gründen. „Zunächst gilt, dass der lange arbeitende Erwerbstätige entsprechend weniger freie Zeit zur Verfügung hat. Wenn er also seine freie Zeit intensiv nutzen will, wird er stärker auf Konsumgüter zurückgreifen. Das entspricht der typischen Maxime ‚Wer ordentlich arbeitet, soll auch kräftig feiern‘, die auch eine soziale Signalwirkung hat, da diese Menschen tendenziell einen so genannten Prestigekonsum bevorzugen, der ihren gesellschaftlichen Status unterstreicht. Letztlich gilt, dass lange Arbeitszeiten die Organisation der Freizeit erschweren und sich damit konfektionierte (und energieintensive) Freizeitaktivitäten geradezu anbieten.“¹

¹ De Spiegelaere, Stan / Piaska, Agnieszka (2020): Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb und wie. Europäisches Gewerkschaftsinstitut, S. 42, https://www.etui.org/sites/default/files/2020-07/Arbeitszeitverkürzung-Wieso%2C%20weshalb%20und%20wie_2020-WEB.pdf

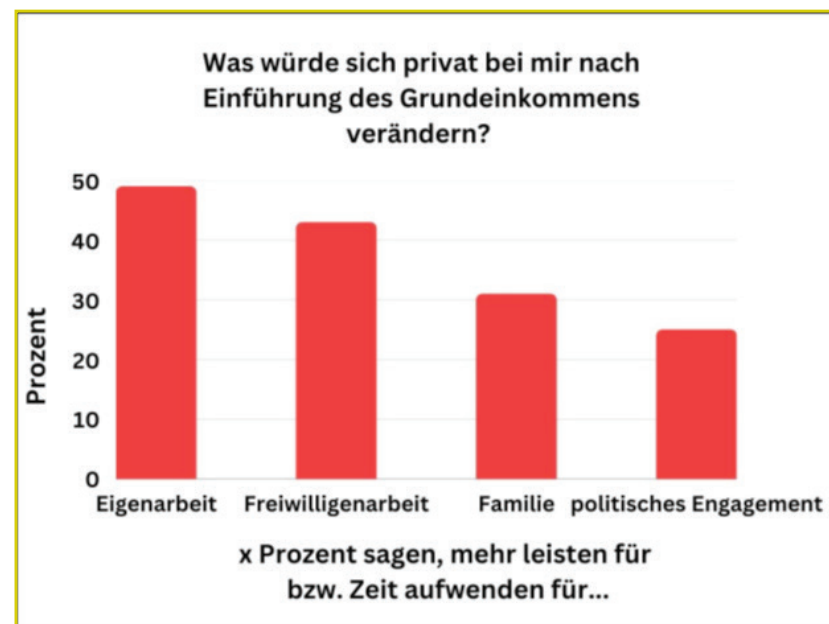
→ 5. Das Grundeinkommen ermöglicht Arbeitszeitverkürzung und einen geringeren ökologischen Fußabdruck

Länder mit kürzeren Arbeitszeiten haben kleinere ökologische und CO2-Fußabdrücke.¹

Wenn in der wissenschaftlichen Literatur auch zum Teil unterschiedliche Aussagen zum Verhältnis Arbeitszeitverkürzung und geringerer Ressourcenverbrauch und geringere Emissionen zu finden sind: Grundeinkommen und andere soziale Garantien sind wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Arbeitszeitverkürzungsstrategien, insbesondere dann, wenn durch eine Rück- beziehungsweise Umverteilung von Oben nach Unten für mehr Gleichheit und für mehr vielfältiges ressourcenschonendes Engagement in der Gesellschaft gesorgt wird. In der Erwerbsarbeit werden bekanntlich massiv natürliche Ressourcen verbraucht und damit Umwelt- und Klimaschäden verursacht.

Mehrere Umfragen zeigen, dass viele Erwerbstätige, insbesondere Vollzeitbeschäftigte, mit einem Grundeinkommen ihre Arbeitszeit verkürzen würden. So würden laut einer Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich ca. 36 Prozent der Befragten mit einem Grundeinkommen die Arbeitszeit verkürzen.² Teilzeitbeschäftigte müssen mit Grundeinkommen keine längeren Arbeitszeiten aus finanziellen Gründen anstreben. Mit Grundeinkommen kann also gemäß individueller, familiärer und lebensphasenspezifischer Präferenzen das Verhältnis von Arbeitszeit und Zeit für andere Tätigkeiten freier bestimmt werden.

Quelle: Blaschke, Ronald (2013): Eidgenössische Technische Hochschule Zürich: Studie zu Gerechtigkeitseinstellungen und Positionen zum Grundeinkommen, <https://www.grundeinkommen.de/27/11/2013/eidgenoessischen-technischen-hochschule-zuerich-studie-zu-gerechtigkeitseinstellungen-und-positionen-zum-grundeinkommen.html>; eigene Darstellung



¹ Vgl. Knight, Kyle / Rosa, Eugene A. / Schor, Juliet B. (2012): Reducing growth to achieve environmental sustainability: the role of work hours. University of Massachusetts Amherst, <https://peri.umass.edu/media/k2/attachments/4.2KnightRosaSchor.pdf>

² Ketterer, Hanna / Bossard, Evi / Neufeind, Max / Wehner, Theo: Gerechtigkeitseinstellungen und Positionen zum Bedingungslosen Grundeinkommen. In: Zürcher Beiträge zur Psychologie der Arbeit, Heft 2/2013, vgl. auch <https://www.grundeinkommen.de/27/11/2013/eidgenoessischen-technischen-hochschule-zuerich-studie-zu-gerechtigkeitseinstellungen-und-positionen-zum-grundeinkommen.html>

Wo gibt es das schon?

Praxisbeispiele und Labore für Ansätze zum Grundeinkommen

Ein umfassendes Grundeinkommen, wie wir es hier vorschlagen, gibt es bisher nirgendwo auf der Welt. Es ist auch fraglich, ob es tatsächlich gelingen würde, so etwas in nur einem einzigen Land einzuführen, selbst wenn dort die Mehrheitsverhältnisse dafür sprechen würden. Schließlich verändert ein Grundeinkommen so viel im Leben der Menschen und es ist schwer vorstellbar, dass es das in einem Land gibt, im Nachbarland aber nicht. Das Grundeinkommen ist in seiner gesamten Anlage genau genommen nur als globales Projekt denkbar. Man kann gewiss irgendwo anfangen, aber am Ende ist das Menschenrecht auf ein materiell gesichertes Leben und gesellschaftliche Teilhabe eine weltweite Perspektive.

Deshalb sind wir skeptisch gegenüber Versuchen, das Grundeinkommen in einer Art von Modelllaboren zu testen. Diese Zurückhaltung begründet sich nicht nur darin, dass Menschenrechte unteilbar sind und nicht in Projekte zerstückelt werden können, ohne Schaden zu nehmen. Es

ist auch offensichtlich, dass Menschen sich anders verhalten, wenn sie wissen, dass sie einen Geldbetrag für ein oder zwei Jahre bedingungslos bekommen, als wenn sie davon ausgehen können, dass ihr Einkommen für immer gesichert ist.

Nicht alle Befürworter*innen eines Grundeinkommens teilen diese Skepsis und einige haben deshalb weltweit eine Vielzahl von Grundeinkommensprojekten initiiert. Nicht alle Initiativen sind sich bewusst, dass man damit nur begrenzte Aspekte untersuchen kann. Wir stellen hier eine Auswahl vor, bei der wir uns bemühen, die Vielfalt der Anliegen zu berücksichtigen, die jeweils damit verbunden sind. Zu beachten ist dabei auch: In den Ländern, in denen keine oder vollkommen unzureichende materielle Absicherungen gegeben ist, können auch schon geringe bedingungslose Transfers einen Fortschritt in Richtung Grundeinkommen bedeuten und Hunger und extreme Armut beseitigen.

→ Namibia

Im namibischen Ort Otjivero, 100 km westlich der Hauptstadt Windhoek, zahlte das Namibische Grundeinkommensbündnis von Anfang 2008 bis Ende 2009 jeweils 100 Namibische Dollar an jede*n Bewohner*in. Das Projekt sollte die Regierung von der Machbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) überzeugen und erlangte große internationale Aufmerksamkeit. Zwar wurden vielfache positive Effekte dokumentiert (unter anderem verbesserte Gesundheit, höhere Schulbesuchszahlen, Rückgang der Erwerbslosigkeit und der Kriminalität), aber die Regierung blieb ablehnend. Die politische Auseinandersetzung um ein

Grundeinkommen in Namibia läuft weiter (www.bignam.org).



Quelle: Facebook-Seite der Basic Income Grant Coalition in Namibia, <https://www.facebook.com/photo/?fbid=595451425939623&set=a.450885133729587>

→ Finnland

Im Auftrag der finnischen Regierung wurde 2017 und 2018 ein Experiment durchgeführt, bei dem 2000 zufällig ausgewählte Erwerbslose im Alter von 25 bis 58 Jahren ohne irgendwelche Auflagen jeweils 560 Euro im Monat erhielten. Andere Einkommen wurden nicht angerechnet. Untersucht wurde das Verhalten der Berechtigten auf dem Arbeitsmarkt. Das Ganze wurde wissenschaftlich begleitet und dabei festgestellt, dass „das Vertrauen der Menschen in die eigenen Fähigkeiten, in staatliche Institutionen und in die Zukunft messbar zu[nahm]“.¹

„Öffentliche und soziale Infrastruktur und Dienstleistungen sind nur emanzipatorisch im Falle des bedingungslosen und universellen, d. h. kostenlosen Zugangs zu ihnen und im Falle der demokratischen Organisation und Kontrolle der öffentlichen und sozialen Infrastruktur und Dienstleistungen.“ (Unconditional Basic Income – European Initiative 2023)

→ Sambia

In Sambia erhalten arme Familien, definiert als solche ohne arbeitsfähigen erwachsenen Ernährer, monatlich einen minimalen Betrag (ca. 10 US-Dollar). Dieser reicht aus, um täglich eine Mahlzeit zu sichern, vermeidet also nicht die Armut, reduziert aber deutlich den Hunger und die Unterernährung. Arme Familien, in denen vorhandene erwachsene Ernährer erwerbslos und ebenfalls hungrig sind, werden von dem Programm nicht erfasst.²

→ Kenia

In Kenia werden in verschiedenen Dörfern einer Region die Auswirkungen des Grundeinkommens auf die Reduktion der Armut untersucht. Viele Einwohner*innen dieser Region müssen von umgerechnet einem US-Dollar pro Tag leben. Über das Projekt erhalten in einer Gruppe von Dörfern alle Personen ab 18 Jahren zusätzlich jeden Monat 20 US-Dollar – zwölf Jahre lang, in anderen Dörfern zwei Jahre lang. In einer dritten Gruppe von Dörfern gibt es eine einmalige Geldzahlung von 500 US-Dollar. Diese drei Gruppen werden mit einer Testgruppe verglichen, die kein Geld bekommt. Die Forschungsfrage ist, welche Instrumente am erfolgreichsten Armut bekämpfen können. Projektträger ist eine internationale NGO.³

→ Deutschland

In Deutschland läuft derzeit ein Pilotprojekt des Vereins Mein Grundeinkommen in Kooperation mit mehreren wissenschaftlichen Instituten wie dem DIW Berlin zu den individuellen Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens von 1200 Euro pro Monat für die Dauer von drei Jahren. Die Ergebnisse werden im Sommer 2024 veröffentlicht.⁴

¹ Zepperitz, Volker (2020): Mehr Vertrauen, weniger Stress... und niemand wurde faul. Das sind die Ergebnisse der größten Praxisstudie zum Grundeinkommen, <https://www.mein-grundeinkommen.de/magazin/finnland-grundeinkommen-studie-ergebnisse>

² https://www.mcdss.gov.zm/?page_id=2086

³ <https://effektiv-spenden.org/givedirectly/>

⁴ https://www.diw.de/de/diw_01.c.796681.de/projekte/pilotprojekt_grundeinkommen.html

→ Microkredite

Manchmal werden auch Kleinstkredite mit dem Grundeinkommen verglichen oder als Alternative dazu angepriesen. Dass deren bekanntester Verfechter Muhammad Yunus mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, weist darauf hin, dass sie sowohl im globalen Finanz- wie im Hilfsbetrieb gut etabliert sind. Die Kritik an ihnen geht dennoch weit über die Einschränkungen hinaus, die wir für alle Projekte formuliert haben.¹ Kredite müssen zurückgezahlt werden, was nur gelingt, wenn die Kreditnehmer*innen mit ihnen erfolgreiche Investitionen finanzieren und Geschäfte machen. Das schafft wirtschaftliche Nöte und Abhängigkeiten. Das Grundeinkommen ist dagegen nicht nur ein zuverlässiges und dauerhaftes Einkommen, sondern es steht auch allen Personen zu und schafft so auch eine (zahlungsfähige) Nachfrage.

Bündnispartner*innen

Um Grundeinkommen und andere soziale Garantien einzuführen, bedarf es einer großen Unterstützung in der Bevölkerung, durch die sozialen Bewegungen und die zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie durch Parteien.

Abbildung 1

Zustimmung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens im europäischen Vergleich Zustimmungsrate in Prozent



Quelle: European Social Survey (ESS), Welle 8 (n=44387), gewichtete Angaben.

© DIW Berlin 2019

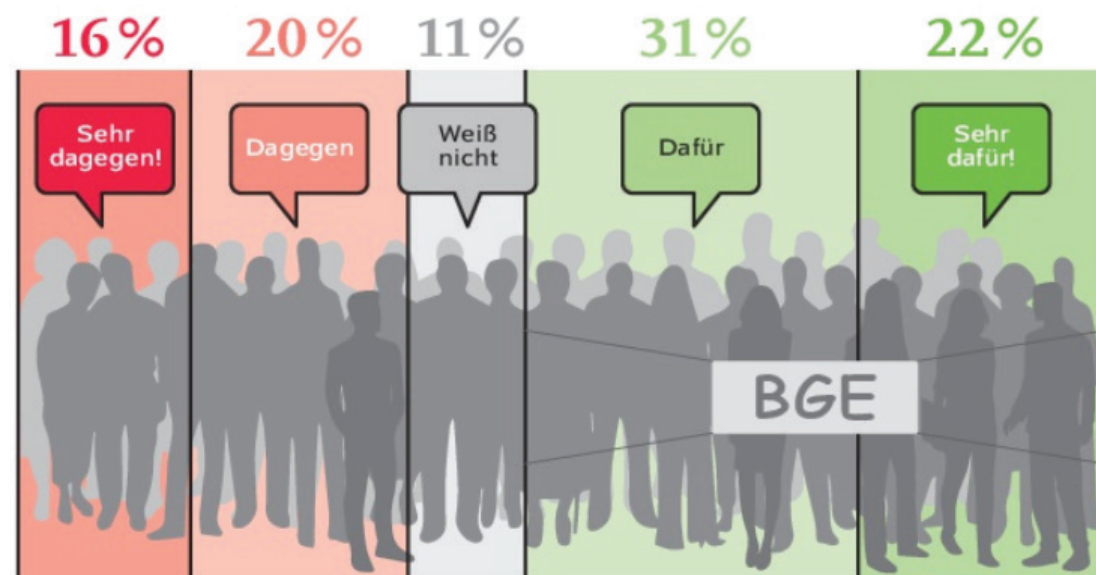
In Deutschland ist die Zustimmung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens im europäischen Vergleich eher niedrig.

Quelle: Adriaans, Jule / Liebig, Stefan / Schupp, Jürgen (2019): Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 86 (2019), 15, S. 265 (Abb. 1), https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.618740.de/19-15.pdf

¹ Wichterich, Christa (2011): Mikrokredite: Das Geschäft mit der Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2011, S. 27-31, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2011/maerz/mikrokredite-das-geschaef-mit-der-armut>

In europäischen Ländern stimmen einer Einführung eines Grundeinkommens zwischen über 30 und knapp unter 70 Prozent zu. Befürworter*innen sind eher jung, politisch links eingestellt, höher gebildet bzw. im unteren Einkommensbereich angesiedelt.¹ In Deutschland liegt die Zustimmung einer jüngsten Studie nach bei 53 Prozent. So befürworten vor allem Jüngere ein Grundeinkommen und diejenigen Personen, die sich entweder große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation oder um den Schutz von Umwelt und Klima machen.²

Mehrheit der Deutschen befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen



Quelle: Busemeyer, Marius R. / Rinscheid, Adrian / Schupp, Jürgen: Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteur*innen. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 90 (2023), 21, S. 245 (Abb.), https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.873200.de/23-21.pdf

Bündnispartner bei der Umsetzung des Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien sind die internationalen Grundeinkommensnetzwerke wie zum Beispiel das Basic Income Earth Network (BIEN), die europäischen Netzwerke Unconditional Basic Income Europe und Unconditional Basic Income – European Initiative, letztere auch mit klaren Forderungen bezüglich der Gesamtheit sozialer Garantien. In über 30 Ländern der Welt bestehen Grundeinkommensnetzwerke, in Deutschland das Netzwerk Grundeinkommen.

Grundeinkommen und andere soziale Garantien sind in verschiedenen sozialen Bewegungen schon lange Gegenstand der Kämpfe und Forderungen, so beispielsweise in der internationalen Degrowth-Bewegung und in Teilen der Care-Bewegung.

Die unabhängige Erwerbslosenbewegung in Deutschland streitet schon seit Anfang der 80er-Jahre für ein Grundeinkommen, dort als Existenzgeld bezeichnet. Bei Attac Deutschland gibt es viele Grundeinkommensbewegte, insbesondere in der Attac-Arbeitsgruppe Genug für alle, die sich auch explizit für die Gesamtheit der sozialen Garantien einsetzt. Neben Verbänden wie der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands sind insbesondere Jugendverbände fürs Grundeinkommen und andere soziale Garantien in Deutschland engagiert. Der Deutsche Bundesjugendring hat sich bereits 2004 und nochmals 2013 für ein Grundeinkommen ausgesprochen. Die Christliche Arbeiterjugend Deutschland,

¹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 15 (2019), S. 263-270, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.618740.de/19-15.pdf

² Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 90 (2023), 21, S. 245, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.873200.de/23-21.pdf

der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt streiten ebenfalls für ein Grundeinkommen.

Zwar sind die Gewerkschaftsführungen in Deutschland gegen das Grundeinkommen. An der Gewerkschaftsbasis gibt es aber vielfältige Zustimmung: In der Mitglieder-Befragung „Gemeinsam für ein gutes Leben“ der IG Metall im Jahr 2009 war die Forderung nach einem Grundeinkommen ein Top-Thema. Zu den ver.di-Bundeskongressen werden regelmäßig Anträge von ver.di-Landesbezirken und ver.di-Fachbereichen gestellt, die eine breite Mitgliederdiskussion zum Grundeinkommen und die Entwicklung eines Gewerkschaftskonzeptes für ein Grundeinkommen fordern. In der IG BAU engagieren sich insbesondere die Frauen für Grundeinkommen und andere soziale Garantien.

Das namibische Projekt für ein partielles Grundeinkommen in Otjivero wurde von vielen Nichtregierungsorganisationen, auch vom namibischen Gewerkschaftsdachverband National Union of Namibian Workers (NUNW), unterstützt. Er war Mitglied der Basic Income Grant Coalition. In Indien hat die Frauengewerkschaft Self Employed Women's Association Grundeinkommensprojekte initiiert und organisiert.

„Zu den vorgeschlagenen Änderungen gehören unter anderem die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, eine progressive Besteuerung, um die zunehmenden Ungleichheiten zu beseitigen, sowie eine schrittweise Verringerung der Arbeitszeit. Die Ressourcennutzung etwa könnte durch die Einführung einer CO2-Steuer eingedämmt werden. Die Einnahmen hieraus könnten als Dividende für alle ausgeschüttet oder zur Finanzierung von Sozialprogrammen verwendet werden. Die Einführung eines Grund- und eines Maximizeinkommens würde die Ungleichheit weiter verringern. Gleichzeitig könnte dies dazu beitragen, die Sorgearbeit neu zu verteilen und die Machtungleichgewichte zu verringern, die die Demokratie untergraben.“
(Brandbrief von 238 Wissenschaftler*innen an die EU 2018)

Unzählige Wissenschaftler*innen unterstützen mit Forschung und Lehre das Grundeinkommen und andere soziale Garantien, so zum Beispiel die Wissenschaftler*innen des Basic Income Earth Networks, oder die 238 Wissenschaftler*innen, die einen Brandbrief an die EU gegen das Wirtschaftswachstum gerichtet haben¹, oder die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Netzwerks Grundeinkommen.

In vielen Ländern gibt es Parteien im linken und grünen Spektrum, die sich fürs Grundeinkommen und andere soziale Garantien engagieren. In Deutschland hat sich DIE LINKE für die Einführung eines Grundeinkommens in einem Mitgliederentscheid ausgesprochen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich laut Grundsatzprogramm bei der Gestaltung existenzsichernder Sozialleistungen an der Leitidee des Grundeinkommens orientieren. Viele kleinere Parteien in Deutschland haben die Einführung eines Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien in ihren Parteiprogrammen verankert.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist zwar ein Projekt, das wegen seines Gleichheits- und seines Umverteilungsgehalts eher Kräfte auf der politischen Linken anspricht, aber das gilt nicht durchgängig. Auch manche Unternehmer*innen wissen es zu schätzen, dass das Grundeinkommen Kreativität und Produktivität freisetzt. Und es gibt Reiche, die lieber mit etwas weniger Reichtum mitten in der Gesellschaft leben wollen als in ständiger Angst vor Überfällen in gated communities oder die ihren Vermögensreichtum unsozial finden (vgl. tax me now, <https://www.taxmenow.eu>).

¹ Vgl. Brandbrief von 238 Wissenschaftler*innen aus der EU 2018: Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden! <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/abhaengigkeit-vom-wirtschaftswachstum-beenden>

Mythen & Missverständnisse

→ Zerstört ein Grundeinkommen die Sozialsysteme?

Ein Nachteil des deutschen Sozialversicherungssystems ist, dass alle Ansprüche an die Zahlung von Beiträgen gebunden sind. Diese wiederum werden in der Regel nur von (einem Teil der) Arbeitseinkommen erhoben. Wer nichts einbezahlt hat, bekommt auch nichts; bei der Rente gilt zusätzlich: Wer wenig einbezahlt hat, bekommt wenig. Da immer mehr Menschen keine oder nur unregelmäßige Erwerbsarbeit finden, verfügen sie kaum über soziale Sicherungen. Dem soll und kann ein Grundeinkommen abhelfen.

Gleichzeitig hat das Sozialversicherungssystem aber auch Vorteile. Wer in die gesetzliche Krankenkasse einzahlt, bekommt (noch) die meisten medizinisch sinnvollen Leistungen. Das ist grundsätzlich bei der Pflege ebenso und auch die Rentenversicherung führte einmal dazu, dass ein erreichter Lebensstandard im Alter gehalten werden konnte. Die Beiträge der Versicherten werden unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt,

sodass sie nicht den Risiken der Kapitalmärkte ausgesetzt sind. Gleichzeitig dürfen sie nur für den vorgesehenen Zweck verwandt werden und sind nicht Teil des allgemeinen Staatshaushaltes. So kommen sie ausschließlich den Versicherten zugute, die die Systeme auch selbst verwalten – allerdings mit Beteiligung der Arbeitgeber*innen.

Das alles sind durchaus soziale Errungenschaften, die verteidigt werden sollten. Leider gibt es auch manche neoliberale Konzeption, die sich Grundeinkommen nennt und tatsächlich zum Beispiel auf die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zielt oder darauf, die Altersrenten auf einen Minimalbetrag zu reduzieren und ansonsten dem freien Versicherungsmarkt zu überlassen. Solche Vorschläge weisen wir zurück: Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss die Menschen besserstellen und nicht schlechter. Der Einsatz für ein Grundeinkommen und für umfassende und gute Sozialsysteme gehören zusammen.

→ Verhindert ein Grundeinkommen Teilhabe durch Erwerbsarbeit?

Wer mag schon gerne Müll beseitigen oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten verrichten? Und wer würde es noch tun, wenn niemand durch wirtschaftliche Not mehr dazu gezwungen wäre? Dann müsste sich die Wirtschaft umstellen. Viele unangenehme Arbeiten würden dann von Maschinen übernommen und die anderen werden zumindest anständig bezahlt werden müssen. Das ist beides sehr zu begrüßen. Und was den Müll betrifft, könnte man von vorneherein vermeiden, überhaupt Müll zu machen.

Erwerbsarbeit ist durchaus oft lästig, gesundheitsschädlich und schlecht bezahlt, sie bedeutet aber auch Teilhabe an der Gesellschaft, die allen offen stehen muss, und deshalb brauchen wir ein Grundeinkommen. Der Fortschritt der Arbeits-

produktivität führt dazu, dass immer weniger Zeit aufgewandt werden muss, um die notwendigen Dinge herzustellen. Die verbleibende notwendige Arbeitszeit reicht selbst dann nicht mehr aus, damit alle einen sinnvollen und erfüllenden Arbeitsplatz bekommen, die einen haben wollen, wenn wir in Mangelbereichen wie Pflege, Betreuung, Bildung mehr Arbeitsplätze schaffen. Deshalb ist es gut, wenn Menschen zeitweise aussteigen oder kürzer arbeiten (können), ohne in wirtschaftliche Not zu geraten. Arbeitszeitverkürzungen werden auch mit einem Grundeinkommen noch nötig sein, damit allen der Zugang zur Erwerbsarbeit möglich wird.

Es gibt hierzu die Gegenmeinung, dass eine Degrowth-Gesellschaft sehr viel mehr Arbeit erzeugt, weil (fossile) Automatisierung zurückge-

fahren wird. Das ist bestimmt in einigen Bereichen der Fall, ganz gewiss etwa in der Landwirtschaft, wo ohne das industrialisierte Modell wieder sehr viel mehr Leute gebraucht würden. Beide Effekte sind gegenläufig. Welcher der dominante sein würde, ist nicht vorab absehbar. Wir glauben, es wird der arbeitssparende sein, aber wir wissen es nicht. Sollte tatsächlich in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen und ökologisch verträgli-

cher Produktion mehr Erwerbsarbeit anfallen, als Erwerbsuchende anbieten, dann muss sich diese Gesellschaft Gedanken darüber machen, wie sie das löst. So oder so, ob mit Grundeinkommen oder ohne, muss die gesellschaftlich notwendige Arbeit getan werden – allerdings ohne Zwang den Menschen gegenüber und verbunden mit einer demokratischen Willensbildung, was gesellschaftlich notwendig ist.

→ Sind Grundeinkommen und soziale Garantien überhaupt finanzierbar?

Grundeinkommen und soziale Garantien für alle sind finanzierbar. Für Deutschland gibt es mehrere durchgerechnete Finanzierungsmodelle (siehe Netzwerk Grundeinkommen¹). Manche Modelle berücksichtigen ausdrücklich sowohl die Kosten des Grundeinkommens als auch die Kosten des Ausbaus (nicht nur des Erhalts) anderer sozialer Garantien und weisen die Finanzierungsmöglichkeiten nach. Eine ausreichende Finanzierung ist allerdings nur möglich, wenn Reichtum rück- beziehungsweise umverteilt wird. Natürlich werden auch repressive, steuerfinanzierte Sozialleistungen obsolet, zum Beispiel Hartz IV/Bürger*innengeld, und durch das Grundeinkommen ersetzt. Das minimiert somit dessen zusätzliche Kosten.

Verständlicherweise wird über die bessere oder beste Finanzierungsmöglichkeit des Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien gestritten und es gilt, mögliche Risiken und Nebenwirkungen zu beachten. Das ist in einer Gesellschaft, die sich auf einen demokratischen Weg der sozialökologischen Transformation macht, aber in allen Bereichen so – und auch richtig.

→ Aber ein weltweites Grundeinkommen kann sicher nicht finanziert werden?

Wenn Existenz- und Teilhabesicherung Menschenrechte sind, dann muss ein Grundeinkommen überall auf der Welt das Ziel sein. Zu seiner Finanzierung sind die armen Länder sicher nicht in der Lage, obwohl auch dort Umverteilungsmöglichkeiten von Reich zu Arm nicht unterschätzt werden dürfen. Eine Beteiligung der nationalen Haushalte, die ihrem jeweiligen ökonomischen Leistungsvermögen entspricht, muss also erfolgen.

Aber auch Maßnahmen im globalen Rahmen sind leicht vorstellbar und teilweise schon in anderen Zusammenhängen erprobt. Am wichtigsten dürfte der Erlass der Schulden sein, die viele Länder ökonomisch erwürgen. Jahrhundertlang wurde durch den Kolonialismus Reichtum vom Süden in den Norden geschafft, es ist Zeit, das umzudrehen (siehe auch Dossier zu Klimaschulden und Reparationen, <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit/>). Das Grundeinkommen verteilt nicht nur national um, sondern auch global.



Quelle: Twitter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, <https://twitter.com/bdkj/status/1654874494601777154/photo/1>

¹ <https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/modelle>

Und auch neue Finanzierungsquellen stehen zur Verfügung. Globale Umweltschädigungen könnten besteuert werden, Interkontinentalflüge beispielsweise oder Rohstoffförderung in internationalen Gewässern. Auch eine internationale Finanztransaktionssteuer ist längst vielfach gefordert worden.

„Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, [...] wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden. Wenn in einem ersten Schritt der Konsum der Eliten, unproduktive kollektive Verschwendung und der Herrschaftskonsum beschnitten werden, dann wird den Menschen die Einsicht in die eigenen Anteile an der Verschwendungswirtschaft sehr viel leichter fallen.“
(Attac-Vorbereitungsgruppe 2011)

Wer ist dagegen? Wer lobbyiert aktiv dagegen?

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens findet viel Zustimmung, aber auch Widerspruch. Manche Einwände kommen erkennbar daher, dass es uns Menschen nicht leichtfällt, neue und ungewohnte Ideen anzunehmen. Einige drücken aber auch Sorgen, Befürchtungen oder Betroffenheiten aus, die man sehr ernst nehmen muss. Damit beschäftigen sich die folgenden Beispiele. Dabei widersprechen sich die Einwände gegen ein BGE teilweise und sind in der Regel auch in den Organisationen oder sozialen Zusammenhängen umstritten, in denen mehrheitlich das BGE abgelehnt wird.

Innerhalb der Gewerkschaften wird oft befürchtet, dass ein Grundeinkommen wie ein Kombilohn wirken könnte. Das stimmt, würde es nicht mit einem armutsfesten Mindest(stunden)lohn gekoppelt, dann würde es tatsächlich eine finanzielle Entlastung der Arbeitgeber*innen auf Kosten der Allgemeinheit darstellen. Oft wird auch angenom-

men, dass eine teilhabesichernde Höhe politisch kaum durchsetzbar sein würde. Auch dieses Argument beschreibt die Verhältnisse richtig, gilt aber leider ebenso für alle anderen emanzipatorischen Forderungen. Durchsetzungskraft müssen die Bewegungen sich erst noch erarbeiten.

Wirtschaftskreise fürchten, dass ein Grundeinkommen das Selbstbewusstsein der Beschäftigten bis hin zu revolutionären Umtrieben stärken und ihre Bindung an den Betrieb, den Arbeitsplatz und die Erwerbsarbeit überhaupt beeinträchtigen könnte.

Weil ein Grundeinkommen ja bezahlt werden muss, erwarten diejenigen, die über größere Mittel verfügen, nicht zu Unrecht, dass sie überproportional dazu herangezogen werden könnten. Nicht alle teilen die Einschätzung, dass der im Gegenzug gestärkte gesellschaftliche Friede und Zusammenhalt dieses Opfer wert wäre.

Wie schaffen wir, dass das Grundeinkommen und andere soziale Garantien Realität werden?

Die größte Herausforderung besteht darin, noch mehr Menschen, Organisationen, Parteien und Verbände davon zu überzeugen, dass die bedingungslose Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe ein Menschenrecht, ein globales soziales Recht ist – für alle Menschen, überall und jederzeit. Dabei ist das gar nicht so neu:

- In Deutschland zum Beispiel haben die Eltern von Kindern und Jugendlichen einen Anspruch auf Kindergeld. Es gibt aber noch Ausnahmen und es ist viel zu niedrig, um die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen abzusichern – es ist eben nur ein partielles Grundeinkommen für Kinder und Jugendliche.

- Ebenso wird die gebühren- beziehungsweise beitragsfreie Kindertagesbetreuung in Deutschland immer weiter ausgeweitet. Die Studiengebührenfreiheit für das Erststudium an öffentlichen Einrichtungen ist in Deutschland nach langen Kämpfen bereits durchgesetzt.

- In den Niederlanden gibt es eine Grundrente, die für fast alle dort Lebenden garantiert ist.

- Populär ist auch die Forderung nach einem gebührenfreien Öffentlichen Personennahverkehr für alle. In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Estland, Luxemburg und Malta, ist dies schon teilweise umgesetzt.

An diesen Beispielen erkennt man, welche Schritte in Richtung Grundeinkommen und andere soziale Garantien gegangen werden können – bezogen auf die unterschiedlichen Situationen und anknüpfend an die dringlichen Erfordernisse in den betreffenden Regionen, Ländern und Kontinenten.

Diskutiert wird oft die Einführung lebensphasenspezifischer „Grundeinkommen“, so zum Beispiel für Kinder und Jugendliche, Rentner*innen, Studierende oder in Form von Sabbatical-„Grundeinkommen“, also temporären bedingungslosen und ausreichenden Absicherungen für Erwerbsfähige, die eine berufliche Auszeit nehmen möchten. Konkret ausgearbeitete Vorschläge für alle diese Möglichkeiten liegen auf dem Tisch. Ebenso sind der schrittweise Ausbau und die gebührenfreien Zugänge zu Kultur, Internet, zu einem Grundbedarf an erneuerbarer Energie usw. denkbar.

„Es ist offensichtlich, dass wir dringend eine sozialökologische Transformation brauchen, die auch eine Reform der bisherigen Strukturen des Sozialstaates beinhaltet.“
(BDKJ 2023)

In den arm gemachten Ländern wäre die Verallgemeinerung der bereits vorgestellten Projekte aus Namibia und Sambia für die gesamte Bevölkerung (im Fachjargon „basic food income“) ein möglicher erster Schritt, der Hunger und Unterernährung bekämpfen würde. Ebenso steht der allgemeine und gebührenfreie Zugang zu sauberem Wasser und zur Gesundheitsversorgung auf der politischen Tagesordnung.

Diese Schritte können in allgemeine Grundeinkommen und andere soziale Garantien für alle münden. Hierfür müssen sie von den Menschen, Organisationen und sozialen Bewegungen, Verbänden und Parteien im demokratischen Prozess erstritten werden.

Zum Weiterlesen

Attac-Vorbereitungsgruppe (2011): Erklärung und Appell zum Kongress „Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben“. Berlin, https://www.jenseits-des-wachstums.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/jenseits-des-wachstums/Textsammlung/Attac_VG_Erkl%C3%A4rung_Jenseits-des-Wachstums.pdf

Blaschke, Ronald (2017): Grundeinkommensbewegung: Keine nachhaltige ökologische Transformation ohne bedingungslose soziale Sicherung aller Menschen. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V. (Hrsg.): DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozialökologischen Transformation. oekom Verlag, S. 200-211

Blaschke, Ronald (2019): Emanzipatorisches Grundeinkommen und Postwachstumsgesellschaft. In: KAB Deutschlands (Hrsg.): Zukunft der Arbeit. Nachhaltig wachsen, besser arbeiten, gut leben. Ketteler Verlag, S. 74-77, <https://www.ronald-blaschke.de/emanzipatorisches-grundeinkommen-und-postwachstumsgesellschaft/>

Dixon-Declève, Sandrine et al. (2022): Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome. oekom Verlag

Klimaplan von unten (2020): Gerechte Reproduktion, Produktion und Konsumtion, <https://klimaplanvonunten.de/de/reproko>

Krampertz, Hardy / Rätz, Werner (2023): Einführung ins bedingungslose Grundeinkommen, Ausstellung, komplett überarbeitet, <https://www.grundeinkommen-attac.de/ausstellung>

Brandbrief von 238 Wissenschaftler*innen aus der EU 2018: Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden! <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/abhaengigkeit-vom-wirtschaftswachstum-beenden>

Unconditional Basic Income – European Initiative 2023: Verhältnis zwischen BGE und öffentlicher und sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen aus emanzipatorischer Sicht, <https://eci-ubi.eu/ubi-and-public-and-social-infrastructure/>

Paternoga, Dagmar (2013): Ohne Angst in eine ökologisch gerechte Gesellschaft. In: Ronald Blaschke, Werner Rätz (Hrsg.): Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Rotpunktverlag, S. 115-128

Paternoga, Dagmar / Rätz, Werner: Eine ganz andere Welt ist möglich. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V. (Hrsg.), DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozialökologischen Transformation. oekom Verlag, S. 58-69

Rätz, Werner / Meisterernst, Doris / Paternoga, Dagmar (2011): Statt Verdammung „falscher“ Bedürfnisse: Demokratische Debatten über Inhalt und Gestalt der Produktion. In: Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger u. a. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. VSA Verlag, S. 96-108, https://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/postwachstum/keine_Verdammung_falscher_Beduerfnisse.pdf

„Unsere sozialen Sicherungssysteme sind momentan auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Bleibt dies aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen oder der Sättigung frühindustrialisierter Volkswirtschaften aus, verlieren Menschen ihre Arbeitsplätze und Einkommen und fallen durch das soziale Netz. Um dem kurzfristig entgegenzuwirken und die demokratische Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft zu befördern, braucht es neue Formen sozialer Sicherung, die wachstumsunabhängig und solidarisch sind, sowie vor Armut schützen.“ (Klimaplan von unten 2020)

Über das Projekt

Dieses Dossier ist im Rahmen unseres Projektes **Bausteine für Klimagerechtigkeit – Solidarisch. Transformativ. Machbar.** entstanden.

Mit dem Projekt entwickeln wir klimapolitisch wirksame Maßnahmen für den sozialökologischen Umbau **in den nächsten 5-10 Jahren. Die Maßnahmen zielen auf strukturelle Veränderungen unseres wachstumbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems.** Sie fokussieren auf gesellschaftliche statt technische Innovationen, für die Maßnahmen gibt es **eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und damit** eine realistische Umsetzungsperspektive. **Im Sinne einer revolutionären Realpolitik sind dies erste Schritte, auf die weitere folgen müssen, um eine gute Zukunft für Alle zu ermöglichen.** Wie diese Zukunft aussehen könnte, haben wir bereits formuliert: **Utopie für das Jahr 2048**

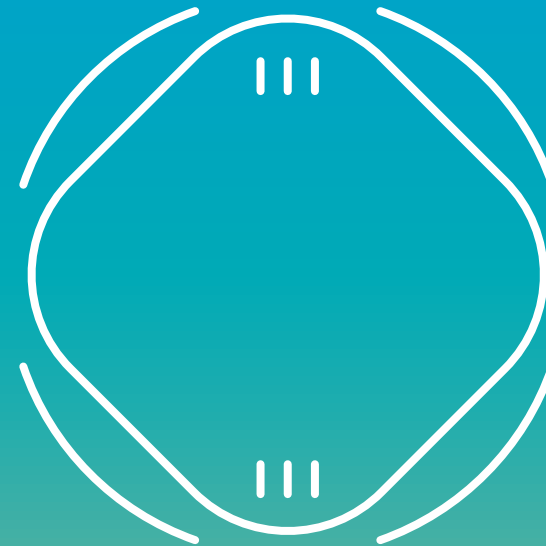
Danksagung

Grafiken/share pic

Wir danken dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung dafür, dass wir deren Grafiken in diesem Dossier nutzen konnten. Dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend danken wir für die Möglichkeit, dass wir das share pic nutzen konnten.

Fundraising

Zur Finanzierung der Druckausgabe dieses Dossiers benötigen wir rund 2000 Euro, wir bitten um Unterstützung durch eine Spende. Aber auch Spenden für weitere Aktivitäten des Netzwerks Grundeinkommen sind herzlich willkommen: <https://www.grundeinkommen.de/mitmachen/spenden>



Impressum

Herausgegeben vom
Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig

www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org

Oktober 2023

Autoren
Ronald Blaschke, Werner Rätz

Lektorat
Katharina Spangler

Mitarbeit und Unterstützung
Carolina Achilles, Kai Kuhnhen

Gestaltung
Diana Neumerkel + Studio Oase
Kulturmanagement Hardy Krampertz - Frankfurt a.M.

Illustration
Henriette Baur, 123comics.net

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Weitere Informationen: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0



konzeptwerk
neue ökonomie

Wir arbeiten kritisch, konstruktiv & konsequent
für ein gutes Leben für Alle.

Euch gefällt, was wir machen?
Dann fördert unsere Arbeit:
www.knoe.org/foerdern

Diese Veröffentlichung ist ein Gastbeitrag zu
unseren Bausteinen für Klimagerechtigkeit.

Dieses Dossier wird unterstützt durch:



Netzwerk
Grundeinkommen

DIE LINKE.
BAG Grundeinkommen